

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel M) Demokratie erneuern

Wie wir Transparenz herstellen, Öffentlichkeit schaffen, Bürgerbeteiligung stärken und Repräsentation verbessern

Demokratie ist ein Erfolgsmodell. Politische Minderheiten können zu Mehrheiten werden. Unsere grüne Parteigeschichte zeigt es: Vom Atom-Ausstieg bis hin zur eingetragenen Lebenspartnerschaft haben wir echte Politikwechsel bewirkt.

Aber wir sehen auch Krisensymptome. Im politischen Diskurs werden Zweifel laut, ob die Demokratie überhaupt in der Lage ist, globale Zukunftsfragen wie den Klimawandel zu gestalten, ob sie mit ihren Verfahren rasante Entwicklungen wie die Finanz- und Eurokrise in den Griff bekommt. Nicht zu vergessen sind die offenen Feinde der Demokratie, wie alte und neue Nazis.

Aber es gibt auch eine starke Gegenbewegung und viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung. Viele engagieren sich in Initiativen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Der Anspruch auf Beteiligung, auf gute Information und Transparenz wächst.

Die große Mehrheit will eine neue demokratische Kultur. Sie wollen eine starke Demokratie und haben erkannt, dass wir die Demokratie immer weiterentwickeln müssen. Wir nehmen diese Menschen ernst, denn Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen Verantwortung übernehmen können und auch wollen.

Wir wissen, Demokratie braucht die Einmischung aller. Alle müssen mitreden können und wir wollen alle darin bestärken mitzumachen. Wir wollen unsere Demokratie vitalisieren. Deshalb fördern wir das Engagement vor Ort und schaffen neue Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Deshalb setzen wir auf Gehörtwerden und Hörbar machen. Doch demokratische Teilhabe braucht Zeit und braucht eine neue Zeitpolitik.

Wir stehen für die demokratische Teilhabe aller. Sowohl durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch eine bessere und geschlechtergerechte Repräsentanz. Dafür brauchen wir neue Verfahren, aber auch starke Parlamente. Bürgerbeteiligung ist für uns kein Zustand, sondern ein Prozess, der Beteiligung fortentwickelt und allen Menschen offenstehen soll. Dafür bauen wir die sozialen Hürden unserer Demokratie ab und machen uns für schwache und weniger laute Stimmen stark. Wir sorgen für Transparenz und bekämpfen Korruption.

Demokratie schafft Zukunft. Gegen technokratische Machtansprüche und Expertokratie sagen wir deutlich: Demokratische Verfahren sind nicht das Problem. Im Gegenteil: Mehr Demokratie und Transparenz, mehr Dialog und Beteiligung sind die Lösung. Wir setzen auf gemeinsames Nachdenken – so können wir die Zukunft am besten gestalten.

1. Mitreden, gehört werden, mitentscheiden

Einmischen ist erwünscht! Basta-Politik war gestern. In den grün regierten Bundesländern haben wir bereits einen neuen Regierungsstil eingeleitet, eine Politik des Gehörtwerdens und des Hörbarmachens. Bürgerbeteiligung muss dafür so früh ansetzen, dass gegebenenfalls noch umgesteuert werden kann und so organisiert werden, dass niemand vom Beteiligungsprozess ausgeschlossen wird. Deshalb fördern wir alle Angebote, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitzuwirken. Alternative Methoden der Konfliktlösung wie Mediation oder Schlichtung wollen wir stärken. Gleichzeitig wollen wir bereits in einem frühen Planungsstadium Klagemöglichkeiten eröffnen. Es ist viel besser, von Anfang an in Planungsqualität, Dialog und Beteiligung zu investieren, als später in langjährige Verfahrenstreite oder gar in extrem teure Polizeigrößeinsätze. Bürgerbeteiligung ist nicht nur dort angesagt, wo gebaggert und gebaut werden soll. Wir Grüne haben immer wieder Positionspapiere, Anträge und Gesetzentwürfe online zur Diskussion gestellt, bevor sie in den Bundestag eingereicht wurden. Alle die wollten, konnten sich so direkt einbringen und haben geholfen, unsere Entwürfe zu optimieren. Solche Konsultationen, mindestens per Internet, wollen wir auch bei Gesetzesvorhaben der Bundesregierung vorsehen und auch in geeigneter Weise mit Möglichkeiten zur Offline-Partizipation ausgestalten. Das erfolgreiche Instrument der „Öffentlichen Petition“ wollen wir als eine Form der Bürgergesetzgebung weiterentwickeln. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Wir wollen die Informationsfreiheit verfassungsrechtlich stärken, ausweiten und Open-Data-Strategien durchsetzen.

Alle vier Jahre die Wahl zu haben, reicht nicht. Wir wollen auch im Bund direkte Demokratie ermöglichen. Sie kann die repräsentative Demokratie gut ergänzen. Die öffentliche Mobilisierung zu Sachthemen bringt frischen Wind in die politische Landschaft. Bislang verweigert sich vor allem die CDU/CSU einer dafür notwendigen Grundgesetzänderung. Aber wir lassen nicht locker, bis eine dreistufige Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid Wirklichkeit wird. Ein wirksamer Minderheitenschutz ist dabei für uns selbstverständlich. So sollen Volksinitiativen, die darauf aus sind, die Rechte einer Minderheit einzuschränken, die sich nach den Kriterien eines verfassungs- und europarechtlichen Gleichheitsartikels definieren, unzulässig sein. Auch Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. Für die direkte Demokratie soll das Transparenzgebot gelten: Es muss Klarheit geben, aus welchen Finanzquellen sich Volksentscheid-Kampagnen speisen. Wie bei der Parteienfinanzierung möchten wir auch hier die Spendenhöhe begrenzen. Auf EU-Ebene wollen wir zu gesamteuropäischen Volksentscheiden kommen.

2. Parlamente stärken, Parteien öffnen

Die repräsentative Demokratie ist Garant für die Vertretung der gesamten Gesellschaft gegenüber Einzelinteressen. Unsere Demokratie braucht einen selbstbewussten Bundestag, mit starken, unabhängigen Abgeordneten, die die Gesellschaft abbilden und dem Drängen mächtiger Interessen standhalten.

Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass der Bundestag bei europäischen Entscheidungen frühzeitig mitbestimmen kann und setzen uns weiterhin für seine Stärkung ein. Das Parlament muss unabhängige Expertise haben, um für seine Entscheidungen nicht auf Informationen von Lobbyisten angewiesen zu sein und auch nicht alleine auf Regierungsdaten. Dafür braucht es ausreichende Ausstattung an wissenschaftlicher Dienstleistung einschließlich eines Justiziariats. Auch wollen wir das Parlament – wie in den USA - über ein unabhängiges „Budget Office“ im

Haushaltsverfahren stärken. Die Kontrolle des Regierungshandelns wollen wir wirkungsvoller ausgestalten, die Rechte von Untersuchungsausschüssen stärken.

Zur Demokratie gehören Parteien für die Bündelung, Vertretung wie Austarieren unterschiedlicher Werthaltungen und Interessen. Parteien müssen sich für mehr Transparenz und Mitbestimmung öffnen. Wir Grüne reden nicht nur davon, sondern haben in dieser Legislatur eine Vielzahl entsprechender Initiativen für mehr Transparenz in den Bundestag eingebracht, Beteiligung und Mitarbeit ermöglicht und handeln auch danach: Als erste Partei haben wir die SpitzenkandidatInnen für die Bundestagswahl verbindlich über eine Urabstimmung gewählt.

3. Demokratie im Alltag beleben

Kern der Demokratie ist die politische Gleichheit aller. Wir wollen keine Demokratie, die von einigen wenigen gestaltet wird, die dafür über die notwendigen Ressourcen – insbesondere Zeit – verfügen und ihre Interessen durchsetzen. Wir wollen die leisen und unterrepräsentierten Stimmen hörbar machen. Wir setzen daher auf neue, niedrigschwellige Verfahren der Bürgerbeteiligung, bei denen von Anfang an alle gesellschaftlichen Gruppen auf Augenhöhe eingebunden werden und die Chance bekommen, dass auch ihre Interessen im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden. Gut geplante und moderierte Bürgerbeteiligung ermöglicht bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen einen Lernprozess, in welchem sie über die Vertretung der eigenen unmittelbaren Interessen hinaus die Perspektiven der anderen Beteiligten kennenlernen und nachvollziehen und somit eine Vorstellung von Gemeinwohl entwickeln, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft essentiell ist. Zu große Ballungen wirtschaftlicher und finanzieller Macht stehen im Widerspruch zum Prinzip politischer Gerechtigkeit und Gleichheit und damit zur Demokratie. Dem muss nicht nur ordnungspolitisch entgegengewirkt werden, sondern auch mit Demokratisierung von innen, zum Beispiel durch Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und Reformen im Aktienrecht.

Mit dem Internet sind neue, digitale Öffentlichkeiten entstanden. Sie laden zum Informieren, Mitmachen und Einmischen ein. Beispiele gibt es viele: Seien es Online-Petitionen, kommunale Bürgerhaushalte, Blogs oder auch Wikipedia. Sie alle sind eine Frischzellenkur für unsere Demokratie und bringen mehr Transparenz- und Beteiligungsmöglichkeiten. Redaktionell-journalistischen und gleichzeitig nicht-kommerziellen Angeboten im Netz wollen wir mit einer zeitgemäßen und übersichtlichen Regelung zur Impressumspflicht entgegenkommen und formale Hürden abbauen, wie den Zwang der Angabe einer ladungsfähigen Anschrift.

Demokratie ist nicht nur eine Sache für Profis und Parlamente. Sie wird nicht allein im Sozialkundeunterricht gelernt, sondern dann, wenn junge Menschen in den Institutionen selbst mitgestalten können. Wir wollen das Wahlalter auch auf Bundesebene auf mindestens 16 Jahre absenken. Das Wahlrecht für Betreute und Obdachlose muss gewährleistet werden, der Zugang zu politischer Betätigung für alle Menschen barrierefrei sein.

Wir wollen den Zugang zum Wahlrecht durch eine Einbürgerungsoffensive erleichtern. Wir streben die demokratische Teilhabe aller Menschen an, die längerfristig hier leben. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft eröffnen.

Angesichts der geringen Frauenanteile in den Parlamenten und Kommunalvertretungen haben wir die Absicht, eine gesetzliche Regelung zur Quotierung zu schaffen, um die Geschlechterparität bei den Mandaten zu befördern. Denn zur Demokratie gehört Geschlechtergerechtigkeit.

Es braucht weiterhin nicht von Kommerz beherrschten Raum in den Innenstädten, der Menschen aus allen Schichten offensteht, ebenso Begegnungsorte vom Bürgerzentrum bis zur Volks-

hochschule. Maßnahmen, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen von öffentlichen Plätzen fern halten sollen und sie so stigmatisieren und oder gar kriminalisieren, lehnen wir ab. Ziel grüner Ordnungspolitik ist ein friedliches Miteinander aller Menschen jeden Alters, ohne dass einzelne Gruppen in ihrer Lebensführung beeinträchtigt werden. Zur Demokratie gehören Demonstrationen und Protest, mitunter auch ziviler Ungehorsam. Wir wenden uns klar dagegen, DemonstrantInnen durch unverhältnismäßige polizeiliche Überwachungsmaßnahmen wie pauschales und anlassloses Filmen, überrobustes Auftreten oder Kriminalisierung einzuschüchtern. Die Polizei braucht genug Personal, gute Ausbildung und eine moderne Ausrüstung, um das Recht auf Demonstration durchzusetzen.

4. Engagement fördern

Über Jahrzehnte ist eine vielfältige Kultur des Engagements entstanden. Bürgerinitiativen für die Revitalisierung von Stadtvierteln, Migrantenselbstorganisationen, selbstorganisierte Kinderläden, Frauengesundheitszentren bis hin zu neueren Formen wie Bürgerstiftungen, Wohnprojekten und Integrationsbetrieben. Bürgerschaftliches Engagement braucht mehr Anerkennung, Freiräume und Unterstützung, auch eigene feste Orte und Einrichtungen. Wir wollen die in vielen Städten und Gemeinden entstandenen Freiwilligenzentren und Einrichtungen zur Engagementförderung stärken. Unser Ansatz zielt zudem darauf, auch Ausgegrenzte einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu geben.

Freiwilligendienste sind eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements. Ihr Charakter als Lern- und Orientierungsdienst muss erhalten bleiben. Sie dürfen aber nicht der Ersatz für wegfallende staatliche Leistungen sein. Wir wollen in einem Freiwilligendienstgesetz einen gesetzlichen Rahmen schaffen, damit die Freiwilligendienste in zivilgesellschaftlicher Ausrichtung und Organisation weiterentwickelt werden. Eine breite Vielfalt von Einsatzmöglichkeiten und die Trägerschaft auch kleinerer Organisationen muss ermöglicht werden. Wichtig ist auch, dass Freiwillige aktiv in die Ausgestaltung und Entwicklung der Projekte einbezogen werden. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance bekommen, in einer wichtigen Lebensphase soziale, ökologische und kulturelle Fähigkeiten in einem Jugendfreiwilligendienst zu entfalten.

Wir wollen das Engagement von Kindern und Jugendlichen in demokratischen Strukturen fördern. Je früher demokratische Verfahrensweisen selbstwirksam erfahrbar gemacht werden, desto größer ist die Akzeptanz für die Demokratie. Dabei ist es notwendig, Kindern und Jugendlichen den Rahmen der Beteiligung so weit wie möglich selber gestalten zu lassen und Vertrauen in ihr Verantwortungsbewusstsein zu legen. Wir wollen die vielfältige Arbeit der Jugendverbände, gemeinnützigen Vereine und freier Initiativen erhalten und ihre Finanzierung trotz schwieriger Haushaltslage sicherstellen.

5 Informationsfreiheit und Transparenz konsequent ausbauen

Der Zugang zu öffentlichen Daten ist ein Grundrecht, das wir ausdrücklich im Grundgesetz verankern möchten. Informationen staatlicher Stellen gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht den Verwaltungen. Mehr Transparenz stärkt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen des staatlichen Handelns. Diese Abkehr von der Geheimniskrämerei ist ein großer Schritt in Richtung mehr Demokratie und einer Reform der öffentlichen Verwaltungen. Wir wollen das - maßgeblich von Bündnis 90/Die Grünen 2006 durchgesetzte - Informationsfreiheitsgesetz des Bundes ausbauen zu einem umfassenden Transparenzgesetz. Der überbordende Katalog der Ausnahmeregelungen ist gründlich abzuspecken. Betriebs- und Geschäftsge-

heimnisse und das Urheberrecht dürfen nicht länger das Instrument zur Verhinderung von mehr Transparenz sein.

Das Recht auf Informationszugang ist selbstverständlich nicht schrankenlos. So muss weiter umfassender Datenschutz gewährleistet sein. Ausnahmen vom Grundsatz der Informationsfreiheit müssen aber gut begründet werden.

Informationen sollen nicht nur auf Anfrage herausgegeben werden. So gehören Verträge der öffentlichen Hand ins Netz und nicht in den Panzerschrank. Staatliche Stellen sollen – proaktiv – ihre Informationen, z.B. Dokumente, Analysen, Gutachten, Erhebungen oder Statistiken von sich aus als offene frei verfügbar machen (Open Data). Dafür wollen wir ein tatsächlich funktionsfähiges und erweitertes bundesweites Internetportal, in dem Daten aus Bund, Ländern und Kommunen veröffentlicht werden.

Auch der Bundestag muss sein Open-Data-Angebot deutlich verbessern. Ein zukunftsfähiges Open-Data-Konzept muss technische und rechtliche Offenheit der Informationen garantieren. Auf der technischen Seite ist vor allem die Maschinenlesbarkeit der Daten zentral. Rechtliche Offenheit bedeutet, dass jeder die Informationen ohne weitere Genehmigung weiterverwenden kann. Dabei streben wir die vollständige, zeitnahe, diskriminierungs- und barrierefreie Veröffentlichung von Rohdaten an. Die Open Data-Verpflichtungen der Behörden wollen wir in einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0 verankern.

Den freien Zugang zu Daten verstehen wir als eine Triebfeder der Wissensgesellschaft. Die Erfahrungen aus anderen Staaten zeigen, dass die umfangreiche, offene und freie Bereitstellung von Daten des öffentlichen Sektors neue wirtschaftliche Impulse geben kann: Durch Weiterverarbeitung, Veredelung und Weiterverbreitung können aus offen bereitgestellten Daten neue Anwendungen, Produkte und Dienstleistungen und Geschäftsmodelle entstehen. Auch für den Bereich Bildung und Wissenschaft birgt die angestrebte Transparenz und Zugänglichkeit der Daten enormes Innovationspotenzial. Für alle staatlichen Veröffentlichungen, auch die von Parlamenten, fordern wir die Verwendung von freien Datenformaten und die entsprechende Auswahl von Nutzungslizenzen zur privaten wie zur kommerziellen Nutzung. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Transparenz bedeutet auch, Licht ins Dunkel des Bundessicherheitsrats zu bringen. Dort werden geheim Ru•stungsexportentscheidungen gefa•llt. Seine Beschl•sse geho•ren umgehend begru•ndet und vero•ffentlicht.

Transparenz ist auch die beste Vorbeugung gegen Filz. Bund, Länder und Gemeinden vergeben jährlich Aufträge im Wert von mehreren hundert Milliarden Euro. Damit kein Cent davon an zweifelhafte Firmen geht, brauchen wir ein bundesweites Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. So wird der faire Wettbewerb zugunsten redlicher Unternehmen erhalten. Korruption im Konzern, Skandale in der Massentierhaltung oder Missstände im Pflegeheim kommen oft erst durch dort Beschäftigte ans Tageslicht. Diesen sogenannten „Whistleblowern“ drohen häufig Repressalien bis zur Kündigung. Wir wollen sie deshalb gesetzlich wirksam schützen.

Die Organisation und Artikulation von Interessen ist ein Kernbestandteil einer pluralistischen Gesellschaft. Aber viele Menschen zweifeln, dass es auf ihre Stimme überhaupt noch ankommt, wenn Lobbys mit großem Geld im Rücken immer mehr Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Ein verpflichtendes Lobbyistenregister soll daher transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss auf ein Gesetz genommen hat. Wir wollen eine Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Der Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien wollen wir ein Ende machen.

Wir wollen mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung. Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu ein Transparenzgesetz vorgelegt. Die anderen Parteien mauern. Wir lassen beim Kampf für die Integrität der politischen Institutionen nicht locker. Unternehmen, die einen Antrag zur Genehmigung von Rüstungsexporten stellen, müssen im Antragsverfahren darlegen, ob und in welcher Höhe sie in den zurückliegenden fünf Jahren Spenden an Parteien und MandatsträgerInnen geleistet haben.

Wir wollen die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Dann kann Deutschland endlich die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren, wie das 160 Staaten bereits getan haben. Dass Schwarz-Gelb sich bislang weigert, ist peinlich für unser Land.

6. Entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen

Alte und neue Nazis sind vielerorts bereits tief verankert, sie haben durch ihr Auftreten vielerorts „Angst-Räume“ geschaffen, in denen Menschen sehr real Einschüchterung und Bedrohung erfahren, wenn sie in das menschenfeindliche Raster der Nazis passen oder sich gegen sie aktiv zur Wehr setzen. Doch in einigen Regionen herrscht ein viel zu unkritischer Umgang mit ihnen auch in den Kommunalparlamenten. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen, nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen sind. Gleichzeitig gibt es oftmals eine erfreuliche zivilgesellschaftliche Gegenwehr. Wo immer BürgerInnen sich gegen Nazis engagieren, durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen, haben sie die volle Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihr Engagement für die Demokratie verdient staatliche Unterstützung und Anerkennung statt Verdächtigung und Repression.

Deshalb werden wir die diskriminierende „Extremismusklausel“ der Bundesministerin Schröder abschaffen, die ausgerechnet Demokratieinitiativen unter Generalverdacht stellt. Wir wollen dass der Bund für die Demokratieförderung und den Kampf gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dauerhaft jährlich 50 Mio. Euro bereit stellt. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe. Daher wollen wir zusammen mit den Ländern und der Zivilgesellschaft eine neue Förderstruktur entwickeln, wodurch Programme, die in den vergangenen Jahren wiederholt positiv evaluiert wurden, eine langfristige Planungsperspektive erhalten. Für staatliche Institutionen und Vereine muss es Hilfestellung und Angebote zur Rechtsberatung geben, wie sie rechten Aktivitäten und Unterwanderungen entgegenwirken können, auch in Bezug auf Immobilienankäufe durch Rechtsextreme. Grundsätzlich müssen alle Maßnahmen gegen Rechtsextremismus geschlechtersensibel angeboten werden.

Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen gerade nach ihrem unfassbaren Versagen bei der Aufdeckung der NSU-Morde den Blick nach Rechts schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und in ihre Analysen einbeziehen. Immer noch nicht vollständig aufgeklärt ist das Attentat auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980. Wir wollen, dass die Hintergründe dieses schwersten Anschlages in der Geschichte der Bundesrepublik endlich und restlos aufgeklärt werden. Unsere Vorstellungen zum dringend notwendigen Umbau der deutschen Sicherheitsarchitektur beschreiben wir im Kapitel „Bürgerrechte stärken“. Die Strukturen der extremen Rechten müssen auch stär-

ker unter Gendergesichtspunkten betrachtet werden. Geeignete Aussteigerprogramme wollen wir stärken. Gerade Frauen, die die Naziszene verlassen wollen, benötigen für sich und ihre Kinder gezielte Angebote. Darüber hinaus müssen vor allem Polizei und Justiz ausreichend für dieses Thema sensibilisiert werden. Auch wenn es kein Allheilmittel ist und nur ein Baustein im Kampf gegen Rechts sein kann, haben wir Interesse an einem erfolgreichen Verbotsverfahren des Bundesrates gegen die NPD. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, menschenverachtende und rechtsextreme Partei, die in vielen Regionen eng mit gewaltbereiten Gruppierungen, wie Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten zusammenarbeitet. Ein Verbot der NPD würde finanzielle und organisatorische Strukturen der rechtsextremen Szene in erheblichen Ausmaß zerschlagen.

Weitere politische Gruppen und Internetportale betreiben ihr Geschäft mit dem populistischen Schüren von Ängsten vor „Überfremdung“, mit Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, sozialdarwinistischen Thesen, Transphobie, Homophobie oder der Diffamierung alternativer Jugendkulturen. Neue rechte Initiativen versuchen besonders im Internet gezielt mit einer jugendlichen Sprache und einem optisch ansprechenden Stil junge Menschen anzusprechen und so ihre Ideologien, ihre gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und im speziellen ihrem antimuslimischen Rassismus zu propagieren. Die politische Bildungsarbeit muss darauf reagieren und mit Aufklärung, Bildung und Unterstützung demokratischer Initiativen neuen rechten Sprach- und Denkweisen entgegenwirken. Das liefert rechten Schlägern eine ideologische Rechtfertigung. Diese Grauzonen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wollen wir ausleuchten. Rassismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz.

Wer GRÜN wählt, ...

- bekommt mehr Rechte und Möglichkeiten für Beteiligung und Engagement.
- erhält eine moderne und offene Verwaltung.
- sieht klare Kante gegen Korruption.
- stimmt in Zukunft öfter ab: mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheiden.
- stärkt den Kampf gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und unterstützt die Opfer rechter Gewalt.

Schlüsselprojekte

Demokratische Beteiligung fördern durch mehr Mitbestimmung

Wir wollen ein neuartiges Planungsrecht für Infrastrukturgroßprojekte einführen. In diesen Verfahren haben Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und zu beteiligen. Wir setzen auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung auf jeder Stufe der Planungs- und Entscheidungsverfahren, gerade auch bei mehrjährigen Planungs-

prozessen. Die demokratische Mitwirkung muss über die Beteiligung an Planungsverfahren hinausgehen. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur bei Großprojekten die Möglichkeit haben, direkt abzustimmen. Wir streiten für die politische Mehrheiten zur Änderung des Grundgesetzes, um Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen einzuführen und so die Demokratie zu stärken.

Rechtsextremismus entschieden entgegnetreten – Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern

Intoleranz, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Rassismus, Transphobie und Homophobie sind leider allzu oft Alltag in Deutschland. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Mit unserer Offensive für Demokratie gegen Rechts setzen wir alles daran, die durch Rechtsextreme bedrohten Orte und Regionen für unsere Demokratie zu schützen. Die Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft gemeinsam tragen. Die Umsetzung der gesamtstaatlichen Aufgabe muss unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erfolgen. Dafür bauen wir die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft und einer demokratischen Alltagskultur aus, denn Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe und muss eine zukunftsfeste Finanzgrundlage erhalten. Der Bund muss seine Verantwortung wahrnehmen. Er muss mindestens 50 Millionen Euro jährlich für die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und Strukturen für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir die unsägliche Extremismusklausel abschaffen. So werden wir dem Rechtsextremismus ebenso entschieden entgegnetreten wie rechtspopulistischen Haltungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der gesamten Gesellschaft.

Mit Transparenz Korruption bekämpfen – Informationsfreiheitsgesetz ausbauen

Schwarze Kassen, Schmiergelder und Politfilz sind ein Problem für die Demokratie. Einzelne profitieren so auf Kosten der Gesellschaft. Wir sorgen für mehr Klarheit mit einem Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. Mit einem verpflichtenden Lobbyistenregister wollen wir transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss nimmt. Wir wollen im Rahmen der anstehenden Parteiengesetzreform die Spendenmöglichkeit auf natürliche Personen mit einer jährlichen Obergrenze beschränken. Für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien wollen wir eine Karenzzeit, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten wollen wir weiter verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Mehr Transparenz verschafft auch die Weiterentwicklung der bestehenden Informationsfreiheitsgesetze zu einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0, mit dessen Hilfe Daten zukünftig proaktiv zur Verfügung gestellt werden (Open Data). So erhöhen wir die Transparenz politischer Entscheidungen und ermöglichen Beteiligung.

